

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Christoph Zöpel, Adelheid Tröscher, Brigitte Adler, Robert Antretter, Ingrid Becker-Inglau, Rudolf Bindig, Dr. Eberhard Brecht, Rudolf Dreßler, Freimut Duve, Gabriele Fograscher, Katrin Fuchs (Verl), Günter Gloser, Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Elke Leonhard, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Gerhard Neumann (Gotha), Reinhold Robbe, Dieter Schloten, Günter Schluckebier, Dr. Mathias Schubert, Dr. R. Werner Schuster, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Siegfried Vergin, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Hans Wallow, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Verena Wohlleben, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD**

### **Stärkung demokratischer Institutionen und der Rolle von Nichtregierungsorganisationen in den palästinensischen Autonomiegebieten**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Mit der israelisch-palästinensischen Prinzipienerklärung von Oslo im September 1993, dem Gaza-Jericho-Abkommen im Mai 1994 und dem Interim-Abkommen über die Ausweitung der palästinensischen Selbstverwaltung auf die Westbank im September 1995 hat für die palästinensischen Gebiete ein Prozeß des politischen und wirtschaftlichen Neubeginns eingesetzt. Dabei kommt dem Palästinensischen Rat und den in den Gebieten tätigen Nichtregierungsorganisationen (NRO) eine entscheidende Bedeutung zu.

Mit den Wahlen im Januar 1996 haben die Palästinenser einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Demokratie gesetzt. Der Palästinensische Rat, der die verfassungsmäßigen Grundlagen für die weitere Arbeit der palästinensischen Institutionen erarbeitet, nimmt in der Region, in der es an Demokratie und Pluralismus mangelt, eine Sonderstellung ein. Er ermöglicht Opposition und Kontrolle der Exekutive. Vor diesem Hintergrund sind die Unterstützung und Stärkung des Rates durch einen kontinuierlichen parlamentarischen Meinungs Austausch notwendig und hilfreich.

NRO, insbesondere Menschenrechts- und Frauengruppen, aus Palästina selbst, aus Israel und aus anderen Ländern leisten im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Armut in den palästinensischen Gebieten und tragen mit dazu bei, daß auf lokaler Ebene erfolgreich Ent-

wicklungsprojekte umgesetzt werden. Vor allem im sozialen und humanitären Bereich haben sie eine gute Infrastruktur aufgebaut, die zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung erhalten und weiter genützt werden sollte. Sie haben ein starkes Interesse und die nachgewiesene Fähigkeit, durch Maßnahmen im kleinen und überschaubaren Rahmen konkrete Hilfe zu leisten. Vor allem stellen sie als basisnahe Organisationen wichtige Multiplikatoren hinsichtlich der Förderung des Friedensprozesses dar.

Der Deutsche Bundestag wird die direkten Kontakte zu Mitgliedern des Palästinensischen Rates fördern und den regelmäßigen Meinungsaustausch zwischen dem Deutschen Bundestag und dem Rat intensivieren.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die bilaterale und multilaterale Förderung von NRO, die in den palästinensischen Autonomiegebieten tätig sind, zu verstärken und ihnen zu ermöglichen, Vorhaben aus einem eigenständigen Fonds durchzuführen, der mindestens Mittel in Höhe von 15 % der Entwicklungszusammenarbeit für die palästinensischen Gebiete enthält,
2. Mittel auf bilateralem und multilateralem Weg zur Verfügung zu stellen, die regionale und lokale NRO für grenzüberschreitende Umwelt- und Entwicklungsprojekte in Anspruch nehmen können, die vor allem auf eine nachhaltige Ressourcennutzung zielen und das Umweltbewußtsein in der Bevölkerung fördern,
3. die Erarbeitung langfristiger Strategien zur Beseitigung der Armut für die palästinensischen Gebiete zu fördern, unter besonderer Berücksichtigung und Einbeziehung der am stärksten benachteiligten Gruppen, insbesondere von Frauen, Kindern, Jugendlichen und Flüchtlingen, und zwar in Zusammenarbeit mit den dort tätigen NRO,
4. einen Teil der finanziellen Zuwendungen, die die Bundesrepublik Deutschland für die palästinensischen Gebiete bereitstellt, für Maßnahmen und Projekte von palästinensischen Organisationen und Netzwerken zur Stärkung der Rolle von Frauen zu verwenden; hinsichtlich der Zuwendungen der EU und der internationalen Gebergemeinschaft sollte sie sich für entsprechende Regelungen einsetzen,
5. an die israelische Regierung zu appellieren, daß humanitäre Hilfsorganisationen und NRO, die Projekte im Bereich der sozialen Grundversorgung (Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wasserversorgung) durchführen, bei allem Verständnis für israelische Sicherheitsbedürfnisse nicht bei ihrer Arbeit in den Gebieten behindert werden, sondern sie diese dort kontinuierlich leisten können,
6. NRO aus Israel und den palästinensischen Gebieten zu unterstützen, die sich für den Abbau von Vorurteilen und Aggressionen, besonders im Kinder- und Jugendbereich, sowie den

Dialog zwischen der israelischen und palästinensischen Bevölkerung einsetzen,

7. sich dafür einzusetzen, daß der Jugendaustausch mit den palästinensischen Gebieten auf Bundes- und europäischer Ebene mit zusätzlichen finanziellen Mitteln gefördert wird.

Bonn, den 25. November 1997

**Dagmar Schmidt (Meschede)**

**Dr. Christoph Zöpel**

**Adelheid Tröscher**

**Brigitte Adler**

**Robert Antretter**

**Ingrid Becker-Inglau**

**Rudolf Bindig**

**Dr. Eberhard Brecht**

**Rudolf Dreßler**

**Freimut Duve**

**Gabriele Fograscher**

**Katrin Fuchs (Verl)**

**Günter Gloser**

**Dr. Ingomar Hauchler**

**Dr. Elke Leonhard**

**Markus Meckel**

**Volker Neumann (Bramsche)**

**Gerhard Neumann (Gotha)**

**Reinhold Robbe**

**Dieter Schloten**

**Günter Schluckebier**

**Dr. Mathias Schubert**

**Dr. R. Werner Schuster**

**Dr. Peter Struck**

**Joachim Tappe**

**Margitta Terborg**

**Siegfried Vergin**

**Günter Verheugen**

**Karsten D. Voigt (Frankfurt)**

**Josef Vosen**

**Hans Wallow**

**Gert Weisskirchen (Wiesloch)**

**Verena Wohlleben**

**Rudolf Scharping und Fraktion**

## **Begründung**

Der Friedensprozeß im Nahen Osten befindet sich in einer schwierigen Situation. Die Entwicklungschancen der palästinensischen Autonomiegebiete hängen wesentlich davon ab, daß die Oslo-Vereinbarungen konkret umgesetzt und neue Verhandlungsergebnisse zu den bisher offenen Fragen, wie die Frage des Status der Gebiete oder das Flüchtlingsproblem, gefunden werden.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz des Friedensprozesses in der palästinensischen Bevölkerung ist die spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen. Trotz erheblicher materieller und finanzieller Hilfe sind sichtbare Fortschritte ausgeblieben. Insbesondere die zeitweilige Abriegelung der Gebiete macht den Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft praktisch unmöglich.

Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort (Drucksache 13/7692) auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD „Israel und die deutsch-palästinensische Entwicklungszusammenarbeit“ erklärt hat, haben die auf Terrorakte extremistischer Palästinenser folgenden Abriegelungen der Westbank, Ostjerusalems und des Gazastreifens sowie die israelische Siedlungspolitik die „palästinensischen

sische politische, ökonomische, soziale und Menschenrechtsentwicklung stark negativ beeinflußt“.

Durch die instabile wirtschaftliche Lage sowie das Fehlen des politischen Fundaments bzw. der drei Säulen Souveränität, Recht und Verfassung wird die Geduld der Palästinenser auf eine harte Probe gestellt, verlieren sie zunehmend das Vertrauen in die immer noch nicht gefestigte demokratische Entwicklung, die zum Frieden führen soll.

Mit der gezielten Förderung von NRO könnten Fortschritte sowohl auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet erreicht und Defizite vor allem bei der Gesundheitsfürsorge, im Bildungswesen sowie im Menschenrechtsbereich ausgeglichen werden. Dadurch würde das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Hoffnung auf eine positive Entwicklung wiederkehren.

NRO in den palästinensischen Gebieten haben ein weites Spektrum von Tätigkeiten. Es gibt Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Menschenrechtsorganisationen und renommierte Forschungsinstitute, die durch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit zur stärkeren Akzeptanz des Friedensprozesses beitragen. Vorschulerziehung, Arbeit mit behinderten Menschen oder psychologische Betreuung werden vor allem von den NRO geleistet. Diese Leistungen werden bei der Entwicklungszusammenarbeit bisher zu wenig beachtet.

Eine Reihe von NRO in den palästinensischen Gebieten hat Partner in Israel. Gerade diese Kontakte, die im Zuge der politischen Veränderungen und der Verhärtung der Fronten, aber auch schlicht durch die vielfache Abriegelung der Gebiete zurückgegangen sind, sollten aufrechterhalten und gestärkt werden.